

DEMOKRATISCHER INFORMATIONEN DIENST

Nr.13/1975 -20

Herausgegeben vom Anti-Strauß-Komitee

«Franz Josef, bist du einverstanden?» ..

Helmut Kohl hat das Rennen gemacht! Nach langem hin und her ist das große Rätselraten in der Presse und in den Meinungsforschungsinstituten zu Ende. Um ein Haar wäre die Kandidatenkür der Union noch an dem gemeinsamen Communiqué von CDU und CSU gescheitert. So hieß es wenigstens.

Was wird aber wirklich gespielt? In dem gemeinsamen Communiqué heißt es: "Die CDU hat Helmut Kohl als Kandidat für das Amt des Bundeskanzlers vorgeschlagen. Die CSU hat davon Kenntnis genommen, daß die CDU als größere Partei den Anspruch erhebt, den Kanzlerkandidaten zu stellen. Die CSU hält an ihrer Bewertung fest, daß ihr Vorsitzender der geeignete Kandidat ist."

Herr Strauß kann zufrieden sein: CDU und CSU haben ihm mit dem Communiqué unterschrieben: Die von der CDU sind zwar mehr, aber ich bin der Größte. 1970 hatte Strauß bereits seine Macht unterstrichen und behauptet: "Jeder hängt von mir ab, der Kanzler werden will ... Die müssen alle fragen, Franz Josef, bist du einverstanden? Und dann stelle ich meine Bedingungen für die Politik, die für das letzte Drittel des 20. Jahrhunderts nötig ist, und davon verstehe ich etwas."

Franz Josef Strauß ist mehr als einverstanden. Das Communiqué

verrät ganz deutlich seine Handschrift. Er ist gewillt, den "Anspruch" der CDU-Mehrheit zur Kenntnis zu nehmen. Dabei behält Strauß seinen Trumpf in der Hinterhand: Falls eine Unions-Regierung im Parlament mit Kohl als Kanzler den Ausweg aus der Krise nicht findet, ist der Beweis geliefert, daß Mehrheitsentscheidungen nicht das Richtige sind und es eben doch einer allein machen muß, auch ohne Parlament und um den Preis der Demokratie.

Dann wird regiert und "aufgeräumt" bis zum Rest dieses Jahrhunderts, daß keiner mehr es wagt das Maul aufzumachen. Die Sont-hofener Rede war nicht in den Wind gesprochen!



Fortsetzung von Seite 1:

Strauß diktiert jetzt der CDU seine Politik. Durch das Communiqué wurde eine Koalition mit der FDP ausgeschlossen, indem sich beide Parteien verpflichteten, nur gemeinsam eine Regierung zu bilden. Das Ziel ist, durch einen Regierungswechsel eine "Änderung des politischen Kurses herbeizuführen".

Wie sehr Strauß und seine Mannen die Unionsparteien mit dem Communiqué auf äußersten Rechtskurs trimmen, läßt sich an den Warnungen vor der "verhängnisvollen politischen Entwicklung zu einer sozialistischen Gesellschaft" durch die Politik von SPD und FDP ablesen. Mit blindem Antikommunismus allein hat das nichts zu tun. Nicht anders haben

damals die Nazis versucht, Parteien wie die Sozialdemokratie und die Liberalen zu diffamieren.

Von einer Rivalität zwischen Kohl und Strauß in Fragen der Kanzlerkandidatur konnte also niemals die Rede sein; dafür hatte Strauß schon rechtzeitig vorgesorgt mit seiner Warnung: "Es wäre sehr unklug von jemand, der sehr hohe Ämter anstrebt, sich mit uns anzulegen." (Frankfurter Rundschau: 27.1.1973). Die finanzkräftigen Drahtzieher haben auch nach der Kandidatenkür ihren Mann auf dem Feld der Politik an der richtigen Stelle. So war die spektakuläre Kanzlernominierung nur ein Stück eiskalte Berechnung; wie beim Wettlauf zwischen dem Hasen und dem Igel - wenn neben dem Kohlkopf einer auftaucht und sagt: Ich bin schon da!

DOKUMENT eines STRAUß-Sieges

Das Communiqué der CDU und CSU

Bonn (AP).

Das nach einer ganztägigen Sitzung der Parteipräsidien von CDU und CSU veröffentlichte gemeinsame Communiqué über die Nominierung des CDU-Vorsitzenden Helmut Kohl zum Kanzlerkandidaten der Unionsparteien hat folgenden Wortlaut:

"CDU und CSU sind entschlossen, den Bundestagswahlkampf 1976 mit dem gemeinsamen Ziel zu führen, durch einen Regierungswechsel eine Änderung des politischen Kurses herbeizuführen, um weiteren Schaden von der Bundesrepublik auf innen- und außenpolitischem Gebiet abzuwenden und einer verhängnisvollen politischen Entwicklung zu einer sozialistischen Gesellschaft ein Ende zu bereiten.

Die CDU hat Helmut Kohl als Kandidat für das Amt des Bundeskanzlers vorgeschlagen. Die CSU hat davon Kenntnis genommen, daß die CDU als größere Partei den Anspruch erhebt, den Kanzlerkandidaten zu stellen.

Die CSU hält an ihrer Bewertung fest, daß ihr Vorsitzender der geeignete Kandidat ist.

Die CSU wird im Interesse der gemeinsamen Sache ebenso wie die CDU Helmut Kohl als Kanzlerkandidaten unterstützen.

CDU und CSU stehen der Tatsache gegenüber, daß SPD und FDP sich zunehmend zu Blockparteien entwickeln mit dem Ziel, ihre Koalition über das Jahr 1976 hin-

aus fortzusetzen und im Bunde CDU und CSU genauso aus der Regierungsverantwortung auszuscheiden, wie sie es in den Ländern Niedersachsen, Hessen, Berlin, Nordrhein-Westfalen getan haben und im Saarland beabsichtigen, obwohl die CDU in diesen Ländern mit großem Abstand vom Wähler als stärkste politische Kraft bestellt wurde.

CDU und CSU führen den Bundestagswahlkampf als Partner mit der gemeinsamen Verpflichtung, nur gemeinsam eine Regierung zu bilden.

CDU und CSU lassen sich dabei von den Grundsätzen leiten, die in den jetzt abgeschlossenen Gesprächen über die Hauptfragen der Innen- und Außenpolitik festgesetzt worden sind."



Noch ein „Freundeskreis Franz-Josef Strauß“

Nachdem am 12. April ds. Js. in Baden-Württemberg ein "Freundeskreis Franz-Josef Strauß" gegründet wurde, hat sich nun auch in Berlin und in Bremen eine neue Blüte aus dem schwarzen Sumpf um Strauß gebildet.

Das Programm des Freundeskreises ist das sattem bekannte Lied der Rechtsradikalen und Neofaschisten. Sie wollen Österreich, das Sudetenland, Danzig und natürlich auch Ostpreußen und Pommern "heim ins Reich" holen. "Schlechte und laue Fremdarbeiter" (ein rein faschistischer Begriff!) sollen ausgewiesen werden.

In seinem sogenannten Mannheimer Programm verlangt dieser Verein, daß für

die "zwischenzeitliche Nutzung der Ostzone" eine angemessene Entschädigung gezahlt werden soll. Der Vorsitzende des Freundeskreises Franz Josef Strauß behauptet, die Vereinigung sei gesund; bei den politischen Vorstellungen kann man echt daran zweifeln!

Interessant ist an der ganzen Sache, daß hier mal ganz deutlich wird, wen Strauß alles so an sich zieht, wer ihn attraktiv findet, wer sich um ihn sammelt.

Es wird schon seinen Grund haben, daß gerade die Rechtsradikalen und die Neonazis sich als Freunde von Strauß fühlen. Franz Josef wird bestimmt nichts dagegen haben!

Referat des ASK

Am 3. Juni ds. Js. referierte das ASK München als Gast der Gewerkschaftsjugendgruppe Holz und Kunststoff über das Thema "Faschismus, Geschichte und Wesen einer besonderen Methode".

Das Referat behandelte verschiedene Theorien über Ursachen und Triebkräfte des Faschismus.

Das Anti-Strauß-Komitee ist gern bereit, solche oder ähnliche Veranstaltungen mit anderen Gruppen durchzuführen.

Wer hört wen?

Bei Biedenkopf und Kohl hat einer mitgehört. Bonn steht Kopf, Demokratie in Gefahr, Biedenkopf und Kohl sind in ihrer Persönlichkeit verletzt, ein unerhörter Skandal. - Vermutlich ein Fehler im Strickmuster der Geheimdienste.

Denn schließlich ist der Vorgang des illegalen Abhörens ein ganz alltäglicher in der BRD. Täglich 6 000 mal werden Bundesbürger, die als potentiell unzuverlässige Staatsbürger gelten, von den Herren vom Verfassungsschutz belauscht. 48 Mio. DM kostet diese Telefon-Spitzelei jährlich. Selbstverständlich gefährdet das nicht die Demokratie schließlich werden nur Demokraten, Gewerkschafter, Jusos, Linke usw. abgehört.

Die "demokratische Empörung" der CDU-Bosse ist schlichtweg Heuchelei und ganz nebenbei für den "Stern" ein prima Verkaufsschlager.

Emil Carlebach

Von Brüning zu Hitler

Das Geheimnis
faschistischer Machtergreifung



Texte zur Demokratisierung

Antifaschistische Arbeitshefte des Röderberg-Verlags

Diese Broschüre zeigt auf, wie unter einer demokratischen Verfassung die faschistische Diktatur vorbereitet wurde. Von den Nazis schließlich selbst abgesägt - packte 1934 der Exkanzler Brüning aus. Erst nach seinem Tode 1970 durften die Brüning-Memoiren veröffentlicht werden. Die Broschüre bringt die wichtigen Passagen aus den Memoiren. Die Legende, die Weimarer Republik sei "zwischen Kommunisten und Nazis zerrieben" worden, erweist sich beim Lesen der Brüning-Memoiren als das, was sie ist: als Legende, als politische Zweckklüge.

Von Brüning zu Hitler

Kann in jeder Buchhandlung bestellt werden - oder direkt beim Röderberg-Verlag, Frankfurt, Schumannstraße 56.

Preis: DM 2.50



Angriff auf Streikrecht

Bei Dynamit-Nobel in Fürth streikten 70 Arbeiter gegen die Entlassung einer Reihe von Kollegen. Die Streikenden versammelten sich friedlich vor dem Tor des Betriebes. Im Hintergrund aber wartete schon die Polizei auf den wohl vorbereiteten Einsatz.

Als die Arbeiter sich dagegen verwahrten, daß eine Pressefotografin Nahaufnahmen von den Streikenden machte, war dies das Signal für die Polizei. Mit brutalen Schlägen, wie bei einem regelrechten Überfall wurden über 20 Kollegen weggeschleift und inhaftiert.

Eine Reihe von ihnen sitzt immer noch in Untersuchungshaft!

Da die meisten Ausländer sind, müssen sie jetzt mit ihrer Abschiebung rechnen.

Das Vorgehen der Polizei erinnert an polizeistaatliche Methoden, wie man sie aus Spanien, Chile und anderen Rechten Diktaturen kennt. So etwas muß in Zukunft verhindert werden und kann auch verhindert werden durch die Einigkeit aller Arbeitnehmer, der ausländischen und der deutschen.

GESTAPO durch die Hintertür:

Die Anarchowelle hat es möglich gemacht: Die BRD wird eine überregionale Geheimpolizei für "politisch motivierte Delikte" bekommen.

In der neugeschaffenen Abt. T des Bundeskriminalamtes mit Sitz in Bad Godesberg wird es künftig ein Zentralreferat mit zwei Untergruppen T 1 und T 2 für Grundsatzfragen bei der Bekämpfung des Terrorismus geben. Wird sich demnächst Abt. T 1 mit "Ermittlung und Auswertung" beschäftigen, so ist Abt. T 2 für "Offene Fahndung" und "Observation" zuständig.

Solche Aufgaben nahm bisher schon der

Verfassungsschutz in der Bundesrepublik Deutschland wahr, doch mit dem kleinen, aber wichtigen Unterschied, daß er dabei keine polizeilichen Exekutivrechte, wie vorläufige Festnahmen, Verhöre sowie Schusswaffeneinsatz hatte.

Mit der Ausstattung einer Bundesbehörde mit polizeilichen Exekutivrechten ist der erste und wichtigste Schritt zum Aufbau einer geheimen Staatspolizei in der BRD getan. Was dies unter Umständen für die Bürger der BRD bedeuten kann, zeigen die Umtriebe der Gestapo (Geheime Staatspolizei) des Nazi-Regimes.

BEITRITTSERKLÄRUNG

☐ Ich möchte Mitglied im ANTI - STRAUß - KOMITEE werden.

☐ Ich möchte zunächst mehr Informationen über das ANTI - STRAUß - KOMITEE haben.

Name

Vorname

Wohnort

Straße

Unterschrift

Presserechtlich verantwortlich
F. Haus, 8 München 5 Ickstattstr. 2 a

Eigendruck im Selbstverlag

Berufsverbot für Katholiken

Nicht nur die Mitgliedschaft in einer "radikalen Partei" kann ein Berufsverbot zur Folge haben, sondern auch der Austritt aus der katholischen Kirche. Dies mußte Ulrich Dierkes, ein 26-jähriger Diplomchemiker erfahren. Er war Fachlehrer an einer katholischen Schule in Essen und wurde von dieser nach Bekanntwerden seines Kirchenaustritts fristlos entlassen, obwohl der Chemieunterricht dadurch nicht mehr gewährleistet ist.

Kommentar des Kultusministerium von Nordrhein-Westfalen:

Privat geführte Schulen haben das Recht ihre Lehrkräfte - auch nach Kriterien der Religionszugehörigkeit - auszuwählen.

Kommentar des Demokratischen Informationsdienstes:

Heißt das, daß katholische Privatschulen nicht auf dem Boden der freiheitlich demokratischen Grundordnung stehen?

Im Grundgesetz steht zu lesen:

Art. 3 Abs. 3: "Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen

Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden."

Art. 4 Abs. 1: "Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich."

Art. 5 Abs. 3: "Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung."

Art. 33 Abs. 3: (In Bezug auf den öffentlichen Dienst)

"Der Genuß bürgerlicher und staatsbürgerlicher Rechte, die Zulassung zu öffentlichen Ämtern sowie die im öffentlichen Dienste erworbenen Rechte sind unabhängig von dem religiösen Bekenntnis. Niemandem darf aus seiner Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einem Bekenntnisse oder einer Weltanschauung ein Nachteil erwachsen."

Aktion gegen Kriegshetze:

Das Anti-Strauß-Komitee München protestierte gegen die Aufführung des Kriegsfilms "Flammendes Europa" in München. An drei Tagen wurden Flugblätter, die den faschistoiden Charakter dieses Machwerkes aufdecken, vor dem Sonnen-Filmtheater von Angehörigen des ASK verteilt.

Wir forderten darin das sofortige Verbot der faschistischen Propagandaschau "Flammendes Europa".



Im Wortlaut:

„Dieses linke Ungeziefer“

Unter dem Titel „Kommunismus – Tod der Demokratie“ erschien am 5. Juni an der Universität Regensburg ein Flugblatt des „Rings Christlich-Demokratischer Studenten“ (RCDS), das sich mit dem Thema Baader-Meinhof und Kommunisten beschäftigt. Wir veröffentlichen dieses Flugblatt nachstehend im Wortlaut:

Zur Zeit läuft in der Bundesrepublik Deutschland der teuerste Prozeß in der Geschichte unserer Justiz: 16 Millionen DM! Man muß sich fragen, ob diese skrupellosen Verbrecher einen derartigen Aufwand an Steuergeldern wert sind. Es gibt zu denken, daß diese Mörder und Bankräuber usw. sich als Kommunisten bezeichnen.

Es waren auch Kommunisten, die vor wenigen Wochen die Rettung eines türkischen Jungen in Berlin an der Grenze zur DDR verhindert haben. Viele Menschen haben bereits am „Eisernen Vorhang“ ihr Leben lassen müssen, weil sie den Weg in die Freiheit gehen wollten. Daß den Kommunisten Menschenleben soviel wie nichts bedeuten, wenn es um ihren Machtanspruch geht, ist eine altbekannte Tatsache. Kommunisten gehen eben ihrer unmenschlichen Ideologie zuliebe über Leichen.

Auch an unserer Universität gibt es viele Gruppen, die sich kommunistisch nennen.

Da ist einmal der MSB Spartakus, der uns ein Paradies im Hitler-Nachfolgestaat DDR propagieren will, in dem es weder ein Recht auf Freizü-

gigkeit noch ein Streikrecht, noch ein Recht auf Meinungsfreiheit gibt, dafür aber eine Pflicht auf Kadavergehorsam. Die Spartakisten unterstützen die revanchistische Politik des Sowjet-Imperialismus.

Der KHB/DF, von allen Gruppen als Chaotencub charakterisiert, versucht mit den dämlichsten Mitteln, uns Studenten für dumm zu verkaufen. Sicherlich habt ihr die KHB/DF-Hysteriker schon bei ihren zahllosen Unterschriftenaktionen beobachtet, bei denen es sich fast ausschließlich um Belanglosigkeiten ohne rechtliche Folgewirkung handelt. Ihre Haupttätigkeit besteht weiter darin, die nüchterne Eingangshalle zur Mensa durch farbenprächtige Transparente, durch Tische und Plakate zu einem idyllischen Kasperltheater zu verwandeln. Diese blinde Aktionswut dient den DF-Chaoten lediglich zur politischen Selbstbefriedigung. Dennoch sollten wir zu der DF-KHB-ASTA nicht zu streng sein, denn schließlich haben diese Politclowns schon manchen Lacherfolg erzielt, besonders dann, wenn sie in superkapitalistischer Weise antikapitalistische Bücher verkaufen.

Beim KSV, an der Universität Regensburg durch zwei oder drei laustarke Schreihälse vertreten, liegen die Dinge etwas ernster. Wenn diese Psychopaten bei den Studenten auch nur ein mitleidiges Lächeln erregen, so darf doch nicht vergessen werden, daß sie öffentlich zur Gewalt aufrufen und sich in die Nähe der Baader-Meinhof-Bande begeben. Es liegt deshalb im Interesse aller Demokraten, wenn wir entschieden das Verbot des KSV fordern. Terroristen und ihre Sympathisanten haben an der Universität nichts verloren!

„Huldigung, so scheint es, gelingt nur noch dem Lyriker Peter-Paul Zahl, der in Köln wegen Körperverletzung einsitzt. In seinem ‚Rotbuch‘ mit dem Titel ‚Schutzingimpfung‘ stehen die Zellen:

Der harte Kern
einer Kirsche zum Beispiel
ist immer ungenießbar
er wird ausgespuckt
bei gutem Boden
wird ein Baum daraus.“

(Spiegel, 19. 3.)

Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten wird zusammen mit anderen demokratischen Kräften dafür sorgen, daß in der Bundesrepublik Deutschland der Boden für dieses linke Ungeziefer unfruchtbar ist!

Verantwortlich: Michael Dachs, Ernst Kellner, Valentin Rieß.

Herausgeber: RCDS Uni Regensburg e. V., 84 Regensburg. FR

Zu diesem Flugblatt der CSU-Studentenorganisation „Ring Christlich-Demokratischer Studenten“ hat die Hochschulgruppe des liberalen Hochschulverbandes (lhv) Regensburg ein Flugblatt herausgegeben, in dem ganz klar auf den neofaschistischen Charakter der RCDS-Veröffentlichung hingewiesen wird. Wir veröffentlichen den Text des Flugblatts des lhv, da wir der Meinung sind, daß auch über den Rahmen der Hochschule hinaus diese hervorragende demokratische und antifaschistische Stellungnahme bekanntgemacht werden soll.

Der Orden unter dem Totenkopf

Die erste, impulsive Reaktion auf das RCDS-Flugblatt „Kommunismus – Tod der Demokratie“ vom letzten Donnerstag ist Zorn, Wut, Zähneknirschen. Da mußst Du was schreiben, nimmt man sich vor. Zorn, blasenwerfender Zorn, aber ist eine allzu dünne Tinte.

Wenn Bedacht auf den Impuls folgt, macht der Zorn einer tiefergehenden Beklemmung Platz, das Zähneknirschen wird zum trockenen Würgen im Hals. Vermischt mit zähflüssiger Betroffenheit schließlich wird der flüchtige Zorn zu einer Tinte, mit der es sich schreiben läßt.

Worum geht's?

Unter obiger Überschrift heißt es in diesem Flugblatt: „Zur Zeit läuft in der Bundesrepublik Deutschland der teuerste Prozeß in der Geschichte unserer Justiz: 16 Millionen DM!! Man muß sich fragen, ob diese skrupellosen Verbrecher einen derartigen Aufwand an Steuergeldern wert sind.“

Gemerkt, was hier gespielt wird? Wie hier leise und ohne viel Gedöns ein Plädoyer für das Standrecht gemurmelt wird? Was, 16 Mill. kostet das? Mark, harte Deutsche Mark? Und dann wernse noch durchgefüttert auf Staats-

kosten, wie? Sind die gar nicht wert, niemals! Kurzer Prozeß gehörte mit denen gemacht, nicht lang fackeln, Rübe ab, wie ... wie damals?

Und weil man grad dabei ist beim Metzeln - beim verbalen Metzeln, versteht sich - hängt man noch schnell einen Satz an obiges Zitat: "Es gibt zu denken, daß diese Mörder und Bankräuber usw. sich als Kommunisten bezeichnen." (Unterstreichungen nach dem Original).

Damit ist das Operationsgebiet für eine Strafexpedition - rein verbal, versteht sich - abgesteckt, großzügig abgesteckt. Da genügt es, daß irgendwelche Bombenbastler was von Kommunismus reden, um jeden, der sonst noch mit diesem Namen durch die Gegend läuft, in den großen Kochtopf dieser Kannibalen mit Schlips und Kragen zu werfen. Bei kleiner Flamme langsam vorkochen, ein Kommunistchen nach dem anderen, in dünne Scheiben geschnitten, hinzu, dann Dekkel drauf und "Flamme empor!". So ungefähr soll's wohl laufen, Herr Dachs, Herr Kellner, Herr Rieß?

Am Ende besagten Flugblattes ist Schluß mit der dezenten Schreibe, da gibt es keine Untertöne mehr, auf die man achten müßte, da wird Fraktur geredet: "Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten wird zusammen mit anderen demokratischen Kräften dafür sorgen, daß in der Bundesrepublik Deutschland der Boden für dieses linke Ungeziefer unfruchtbar ist!"

Drei aufrechte Dem... nein, nochmal von vorn.

Drei rechte Demokraten legen ihren Federhalter zur Seite und greifen nach der Fliegenspritze, beschließen, fortan mit DDT zu schreiben statt mit Tinte. Der Geifer, jahrelang angesammelt und hinter smartem Lächeln mühsam verborgen gehalten, tropft nun aus den Mundwinkeln, gerinnt auf grünem Papier zur Sprache der Hexenjäger. Die Schreibtischtäter von morgen empfehlen sich, haben soeben ihre erste Übungsarbeit abgeliefert. Der Rattentöter von Sonthofen hat gelehrige Schüler.

Linkes Ungeziefer! Mein Gott, was dieses Wort für Assoziationen weckt.

Hörst Du, wie das "gesunde Volksempfinden" in den Gedärmen unserer drei Schreiber brodeln, wie es zwickt und zwackt, wie es ungeduldig darauf wartet, sich in einem kräftigen Furz zu entladen? Warum aber höre ich keinen Furz, wenn ich mir diese Szene vorstelle, warum stattdessen dieses seltsame ...? Zuschlagen von Konzentrationslagertoren, Hämmern von Gewehrsalven? Oder ist es das satt-behagliche Schmatzen, wenn die Zyankalikapsel in das Säurebad der Gaskammer plumpst?

Nein, hier wird nicht übertrieben, hier wird konsequent zu Ende gedacht. Gewiß, noch können wir sicher sein, daß es Tinte ist, wenn wir rote Flecken auf ihren Händen sehen, aber Massenmord und KZ-Internierungen geschehen nicht von heute auf morgen. Politische Verbrechen werden gedacht, lange bevor sie begangen werden. Ehe man den Gegner wie eine lästige Laus unter dem Stiefelabsatz zertreten kann, muß man ihn erst zu einem Insekt degradieren.

Man wird dieses Flugblatt nicht so bald vergessen können. Es markiert einen Einschnitt in der politischen Auseinandersetzung an dieser Universität. Soweit erinnerlich, ist dies das erste Mal, daß in solch beklemmend mörderischer Sprache geschrieben wurde. Der eisige Haß, der in der zitierten Formulierung steckt, läßt frösteln.

Als das Flugblatt am Donnerstag erschien, haben es sicher viele Kommilitonen noch kopfschüttelnd als Ausrutscher abgetan, haben vermutlich auf eine prompte Distanzierung des übrigen RCDS gewartet. Am Freitag aber lag dasselbe Flugblatt wieder auf den Mensatischen. Womit unmißverständlich klargemacht wurde, daß es sich hier um keine Entgleisung handelte, sondern um die künftige Richtung des Zuges. Der RCDS hat Flagge gezeigt - die Totenkopffahne.

Linkes Ungeziefer: Das ist die Sprache von Terroristen!

Presserechtlich verantwortlich:
Wolfram Heinrich, 84 Rgb., Lenzstr.
1/II

Knüppelschlacht in Heidelberg



Ein Demonstrant fällt flüchtend in einen Brunnen ...

... Polizisten stürzen sich auf ihn und Gummiknüppel prasseln auf ihn nieder ...



... windelweich geschlagen liegt der Bursche am Brunnenrand

In Heidelberg hat es die Polizei allen endgültig klar gemacht, was sie erwarten wird, wenn sie weiterhin für ihre Interessen auf die Straße gehen. 1200 - aus ganz Baden-Württemberg zusammengezogene - Polizisten knüppelten in Heidelberg wahllos Demonstranten nieder, die gegen die 25 % Erhöhung der Straßenbahntarife protestierten!! Sie setzten dabei zum ersten Mal eine chemische Kampfzettel, den sogenannten Pfeffernebel ein.

Natürlich hatte die verantwortliche Regierung sofort wieder die Lügen - märchen von den ferngesteuerten Demonstranten zur Hand. Aber sogar die



AZ und SZ mußten berichten, daß die prügelnde Polizei von der Bevölkerung aus den Fenstern mit Möbeln und Blumentöpfen beworfen wurde. Die brutale Prügelei der Polizei, dieser massive Einsatz der Staatsgewalt, hat gezeigt, was es konkret heißt: Abbau demokratischer Rechte. Das ist keine Phrase, sondern eine Gefahr, die dann besonders deutlich wird, wenn die Bevölkerung ihre demokratischen Rechte wahrnimmt.

Faschistenaufmarsch im Oberpfälzerwald

Wir drucken hier unverändert eine LESERZUSCHRIFT aus dem Bayrischen Wald ab:

In Oberviechtach, einer Kleinstadt nahe der tschechoslowakischen Grenze, zeigte sich kürzlich wieder einmal, wie alte und neue Faschisten in der Bundesrepublik heute schon wieder auftreten dürfen. Der Bürgermeister Oberviechtachs lud zu einem viertägigen "Kameradschaftstreffen" einer gewissen "Division Wiking" ein, die im 2. Weltkrieg in der UdSSR kämpfte und in der auch das Stadtoberhaupt selbst seinen Dienst ableistete. Während das Treffen mit pompösen Standkonzerten auf dem Marktplatz und einem Gartenfest begann, bekamen doch so einige Bürger Zweifel daran, ob diese Division Wiking eine normale Truppeneinheit gewesen sei.

Und tatsächlich: Eins konnte man in den großaufgemachten Zeitungsartikeln, die dem Treffen vorangingen, nicht lesen: Die "Division Wiking" war eine internationale Freiwilligeneinheit der Waffen-SS! In ihr waren deutsche Faschisten mit Holländern, Dänen und Belgiern zusammengeschlossen, die sich zur SS gemeldet hatten, nachdem sie oftmals in ihren Heimatländern wegen Verrat verurteilt worden waren.

Während der Feiern konnte man in einer Menge von öffentlichen Reden zwar Töne hören wie "nie wieder einen Angriffskrieg", aber auf der anderen Seite hielten die "Wikinger" eben doch ihre alte SS-Tradition in Ehren, indem sie immer wieder ihren Stolz, dieser Division angehört zu haben, zum Ausdruck brachten. Außerdem stand eine der Hauptveranstaltungen dieses Treffens unter dem Motto "Unsere Ehre heißt Treue"; einem Motto, das im "3. Reich" über der gesamten Erziehungsarbeit der SS stand.

Noch deutlicher muß es allerdings beim Heimatabend, bei dem die Presse fehlte, zugegangen sein. Nach Augenzeugenberichten soll ein Wikinger in voller SS-Uniform aufgetreten sein. Später, so heißt es, sei einem besonders verdienten Mitglied der Sippschaft ein schwarzes Kissen mit SS-Runen überreicht worden.

Auch die Offiziere der örtlichen "Grenzlandkaserne" schienen nichts dagegen zu haben, einmal einen Hauch alter SS-Tradition abzubekommen. Besuche der Wikinger in der Kaserne waren nämlich ebenso selbstverständlich wie die Teilnahme der Bundeswehroffiziere an den Feiern des "Kameradschaftstreffens".

Gerade heuer, wo der 30. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus genügend Anlaß bietet, sich darüber klar zu werden, was der Faschismus, die brutale Diktatur des Großkapitals und seiner starken Männer, für unser Volk bedeutet hat und auch heute noch bedeutet, zeigt sich, daß es mehr als ein Einzelfall ist, wenn eine ehemalige SS-Einheit ihre Soldatentradition hochhalten und feiern kann. Es beweist, daß es auch heute noch Menschen gibt, die Spaß an der aggressiven, gegen alle Menschenrechte gerichteten Politik des Faschismus haben können. Und es zeigt dadurch, daß der ständige Kampf gegen den Abbau demokratischer Rechte, gegen neue faschistische Tendenzen in der Bundesrepublik nach wie vor bittere Notwendigkeit ist.

Aber auch in Oberviechtach gibt es Demokraten, die ihre Pflicht kennen. Die "Division Wiking", die sich in zwei Jahren wieder am selben Ort treffen will, wird noch zu hören bekommen, daß es so nicht geht. Denn ein weiteres derartiges Treffen muß verhindert werden, solange es nicht unter dem ehrlich gemeinten Motto steht: Nie wieder Faschismus, nie wieder SS!

Strafrechtler verurteilen Beschränkungen für Verteidiger

Bonn (dpa)

In einer Erklärung haben 31 Hochschullehrer des Strafrechts verschiedener Universitäten schwere Bedenken gegen die zu Beginn des Jahres in Kraft getretenen Gesetze über Einschränkungen für die Verteidigung im Strafverfahren erhoben. In der Erklärung appellieren die Unterzeichner „in großer Sorge“ an den Bundestag, die Bundesregierung und den Bundesrat, „mit der Beschneidung der rechtsstaatlich gebotenen Verteidigung im Strafverfahren einzuhalten“.

SZ v. 26.6.75

Also doch:

CDU und CSU untersuchen gemeinsam Ausweitung der CSU

München (SZ)

CDU und CSU untersuchen zur Zeit gemeinsam, wie aus der CSU bekannt wurde, ob durch eine Ausweitung der CSU auf mehrere Bundesländer, zum Beispiel Hamburg, Bremen und Nordrhein-Westfalen, für die Unionsparteien neue Wählerschichten zusätzlich erschlossen werden könnten, um bei Bundestagswahlen eine absolute Mehrheit zu sichern. Auf Wunsch der CSU kam die Angelegenheit auf der letzten gemeinsamen Sitzung der Präsidien von CDU und CSU in Bonn zur Sprache. Wie es heißt, steht die CDU solchen Ausdehnungsabsichten zwar nach wie vor strikt ablehnend gegenüber, gab aber dem Drängen der CSU nach gründlichen Untersuchungen nach. Beide Parteien beauftragten jeweils zwei Mitglieder des Präsidiums, nach Abschluß der Untersuchungen einen Bericht vorzulegen. Ein erstes Ergebnis wird zum Herbst dieses Jahres erwartet.

SZ v. 27.6.75

Neonazis

Rechtsradikale wieder aktiv

MAINZ, 12. Juni (AP). Über einen Anstieg rechtsradikaler Aktivitäten berichtete am Donnerstag der rheinland-pfälzische Innenminister Heinz Schwarz im Mainzer Landtag. In einer Regierungserklärung zur inneren Sicherheit teilte der Minister mit, daß ein geringer Personenkreis sich kleinen militanten nazistischen Gruppen zuwende, die vor Morddrohungen, Brandanschlägen, Sachbeschädigungen und dergleichen nicht zurückschrecken.

In fast allen Bundesländern seien solche auf der Grundlage nationalsozialistischer Ideologien basierenden Gruppen entstanden bzw. im Entstehen begriffen. Der in diesen sogenannten NS-Kampfgruppen aktive Personenkreis verhalte sich konspirativ, sei an Waffen und Munition interessiert und unterhalte weitreichende Kontakte in die nordeuropäischen Staaten, nach Belgien, Südtirol und sogar bis in die USA. NS-Verbrechen würden verharmlost, antisemitischer Haß werde bewußt geschürt, und Geiselnahmen würden befürwortet. Zur Entwicklung der NPD sagte Schwarz, die Mißerfolge der letzten Jahre und die fortschreitende Zersplitterung hätten die Partei zwar geschwächt, doch sei der vielfach erwartete Zerfall nicht eingetreten.

Fr. 20. 13. 6. 75

Gegen Berufsverbote:

FDP sleht in Stuttgart „Jagd auf Andersdenkende“

sga. Stuttgart (Eigener Bericht)

Der Landesvorstand der FDP Baden-Württembergs, der unter Vorsitz von Martin Bange-mann tagte, hat die von Innenminister Schliess (CDU) veranlaßte Praxis des Radikalen-Erlasses in „Filbingers Landen“ in bisher ungekannter Schärfe kritisiert. Die üblich gewordene Ausforschung der Bewerber für den öffentlichen Dienst gipfle in Bespitzelung und Gesinnungsschnüffelei. Das angewandte Verfahren, erklärten die Liberalen, die damit einem Entwurf des stellvertretenden FDP-Landesvorsitzenden Ende-rlein zustimmten, nehme sich nicht rechts-staatlich aus. Das, was in Stuttgart inszeniert werde, sei nichts anderes als eine „politisch moti-vierte Jagd auf Andersdenkende“.

SZ v. 27.6.75

Proteste gegen „Berufsverbote“

Berlin (dpa)

Gegen die durch den Radikalerlaß der Mini-sterpräsidenten der Bundesländer bedingten „Berufsverbote“ für Kommunisten und Maoisten im öffentlichen Dienst haben etwa 7500 Men-schen in der Berliner Innenstadt demonstriert. Sie waren dem Aufruf eines „Aktionskomitees gegen Berufsverbote“ gefolgt. Während einer Schlußkundgebung auf dem Wittenbergplatz unterstützten mehrere Sprecher, unter ihnen der IG-Metall-Funktionär Heinz Brandt und der Theologieprofessor Helmut Gollwitzer, die For-derungen des „Aktionskomitees“.

SZ v. 27.6.75

Strauß-Prozess

Freispruch für Hankofer

München. UZ — Die „Inter-essenidentität von CDU/CSU und Neonazis“ hat am Mitt-woch das Amtsgericht Mün-chen in einem über zwei Jahre dauernden Prozeß bestätigt, den der CSU-Vorsitzende Strauß gegen den Münchner DKP-Kreisvorsitzenden Lud-wig Hankofer angestrengt hatte.

Bei der Begründung des Freispruchs für Hankofer wurde betont, der Vorwurf, die Führer der CDU/CSU stünden in einem Komplott mit der NPD und anderen neonazistischen Gruppen, sei weder rechtswidrig noch strafbar.

UZ v. 27.6.75

Eine weitere Erklärung des DKP-Flugblattes „Stoppt Strauß und Barzel!“ vom April 1972 sei durch die Aus-sage von Minister Egon Bahr bestätigt worden, nämlich, daß die Führung der CDU/CSU bei ihrem Kampf gegen die Ver-träge mit den sozialistischen Staaten „mit kriminellen Fäl-schungen gearbeitet“ habe.

Beim Vorwurf, die CDU/CSU habe mit Hilfe des Kaufs von Abgeordneten die Regie-rung Brandt/Scheel stürzen und die Ratifizierung der Verträge verhindern wollen, sei die DKP München von der Nachweisbarkeit der Behaup-tung überzeugt gewesen. Das Flugblatt habe „im Kontext mit der damaligen Situation gestanden“ und sich auf eine Äußerung des nordrhein-westfälischen Ministerpräsi-denten Kühn gestützt.